

«Den Puls der Gemeinden spüren»

Wissen die Gemeinden bei einem Problem nicht weiter, können sie sich an **Sara Kurmann** wenden. Die 32-Jährige leitet das neue Ostschweizer Zentrum für Gemeinden. Sie sagt, die überkommunale Zusammenarbeit werde weiter zunehmen.

MARION LOHER

Frau Kurmann, brauchen die Gemeinden heute eine wissenschaftliche Fachstelle, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihre Probleme selber zu lösen?

Sara Kurmann: Die Gemeinden sind ganz sicher in der Lage, ganz viele Probleme selber zu lösen – auch heute noch. Aber es ist effektiv so, dass der Bedarf an interkommunaler Zusammenarbeit grösser wird. Zudem gibt es immer mehr Gesetze, welche die Gemeinden umsetzen müssen. Die Probleme werden komplexer. Und gerade bei solchen sind die Gemeinden froh, wenn sie Unterstützung von Experten bekommen.

Was ist ein komplexes Problem?

Kurmann: Ein Problem ist komplex, wenn verschiedene Einflussfaktoren, die sich gegenseitig bedingen, auf dieses Problem wirken. Es kommt zu einem Wirkungsgefüge. Dieses macht es schwierig, etwas vorwegzunehmen.

Das ist sehr fachspezifisch ausgedrückt. Können Sie es an einem Beispiel erklären?

Kurmann: Der demographische Wandel beispielsweise ist ein komplexes Problem. Es gibt immer mehr ältere, pflegebedürftige Menschen in den Gemeinden. Dieses Thema anzugehen ist sehr vielschichtig. Es müssen ökonomische, pflegerische und soziale Fragen geklärt werden sowie solche der technischen Unterstützung. Und hier können gute Lösungen nur erarbeitet werden, wenn die Situation aus verschiedenen Perspektiven betrachtet wird und diese dann auch mit einbezogen werden.

Das neu gegründete Zentrum für Gemeinden der Fachhochschule St. Gallen steht den Kommunen hier beratend zur Seite.

Kurmann: Genau, die Gemeinden kommen mit ihren Fragen auf

Das Thema Sozialhilfe sollte sachlicher angegangen werden.

uns zu. Wir haben intern etwa 25 Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Bereichen, die sich der Fragen annehmen. Gemeinsam wird entschieden, welche Gemeinde welches Know-how benötigt. Dann wird ein interdisziplinäres Team zusammengestellt und den Gemeinden ein Angebot gemacht, wie das Problem gelöst werden kann.

Welche Rolle haben Sie als Leiterin dieses Zentrums?

Kurmann: Zum einen bin ich Vermittlerin zwischen Gemeinden und Experten. Ich nehme die Fragen entgegen, suche die entsprechenden Experten aus, bilde bei Bedarf Teams und bin dann auch dabei, wenn es um die Präsentation der Lösungsvorschläge geht. Zum anderen geht es in meiner Funktion aber auch darum, intern neue Projekte mit zu entwickeln und Modelle zu testen. Hierfür müssen Pilotgemeinden gefunden werden, die



Bild: Urs Bucher

Sara Kurmann: «Bei der Sozialhilfe den Missbrauch in den Vordergrund zu stellen, ist wenig fundiert.»

Interesse daran haben, mit uns diese Ideen zu verwirklichen. Aktuell läuft gerade ein Projekt zum Lebensqualitätsindex...

Worum geht es dabei?

Kurmann: Es gibt ja die berühmten Gemeinderankings, bei denen jede Gemeinde anhand harter Finanzkennzahlen eingestuft wird. Die «Weltwoche» beispielsweise macht ein solches Ranking. Dieses ist aber etwas einseitig. Wir meinen, das muss anders angegangen werden.

Wie anders?

Kurmann: Wir schalten nächstes Jahr schweizweit eine Plattform auf, wo die Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinde subjektiv bewerten können. Weiter werden objektive Faktoren einfließen. Insgesamt ergibt sich dann eine Rangliste, die noch umfassender ist und die Lebensqualität in den Gemeinden besser beurteilt. Die Plattform ist in enger Zusammenarbeit mit den Pilotgemeinden Rapperswil-Jona, Uzwil und Steinach entstanden.

Das Ostschweizer Zentrum für Gemeinden gibt es seit Anfang Mai dieses Jahres. War von Seiten der Gemeinden ein Bedürfnis nach einer solchen Fachstelle vorhanden?

Kurmann: Unser Angebot besteht nicht erst seit der Gründung des Zentrums. Die verschiedenen Fachbereiche wie Wirtschaft, Gesundheit, Technik und Soziales gab es vorher schon. Allerdings arbeiteten die Abteilungen unabhängig voneinander. Die Anfragen der Kommunen gingen jeweils an die einzelnen Institutionen oder Personen. Es gab keine direkte Anlaufstelle, was für die Gemeinden manchmal kompliziert war. Es führte auch dazu, dass sie nur einen Teil unserer Arbeit kannten. Nun haben wir unsere Leistungen in einer Stelle gebündelt. Das macht es für die Gemeinden ein-

facher. Und wir sind näher dran, können den Puls der Gemeinden spüren und ihre Bedürfnisse besser kennenlernen.

Ein Bedürfnis der Gemeinden war eine Weiterbildung für kommunale Politikerinnen und Politiker.

Kurmann: Dieses Angebot haben wir gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet. Es ist ein Lehrgang für Gemeindepolitiker; für Gemeinderäte und Parteimitglieder ebenso wie für Gemeinderatsschreiber. Vermittelt werden fachliche Inhalte beispielsweise zu Politik und Medien sowie Methoden wie Projektmanagement, Innovations- und Verwaltungsmanagement. Wir wollen inhaltlich und methodisch jene Kompetenzen abdecken, die es braucht, um das Amt auszuführen.

Wie ist die Nachfrage?

Kurmann: Wir können den Lehrgang bereits zum dritten Mal

Zur Person Von Luzern nach Weinfelden

Sara Kurmann hat an der Universität Zürich Soziologie, Politikwissenschaft und Völkerrecht studiert. Ihre Schwerpunkte: Interkommunale Zusammenarbeit, Gemeindeformen und Föderalismus. Von 2008 bis 2011 war sie heute 32-Jährige als Fachspezialistin und Projektmitarbeiterin im Amt für Soziales des Kantons St. Gallen tätig. Seit rund vier Jahren arbeitet sie an der Fachhochschule St. Gallen, seit Mai ist sie Leiterin des Ostschweizer Zentrums für Gemeinden. Die gebürtige Luzernerin ist verheiratet und wohnt in Weinfelden. (lom)

durchführen. Unter den Teilnehmern sind solche, die schon länger ein Amt ausüben, und solche, die frisch gewählt wurden.

Sie sagen auch, dass Sie den Puls der Gemeinden spüren wollen. Wie muss man sich das vorstellen?

Kurmann: So in etwa. Zum einen bin ich selber in Projekten mit Gemeinden involviert. Ich treffe also deren Vertreter regelmässig. Zum anderen bin ich mit Verbänden und Gemeindevertretern stark vernetzt. Ich gehe tatsächlich hinaus in die Gemeinden und setze die Projekte nicht einfach vom Bürostuhl aus um.

Dann können Sie sicherlich auch sagen, was den Gemeinden derzeit unter den Nägeln brennt?

Kurmann: Ein grosses Thema ist der demographische Wandel, der alle Gemeinden betrifft und für alle eine grosse Herausforderung ist. Ein anderes aktuelles Thema ist – gerade in der Ostschweiz –, die Sozialhilfe und deren Ausgestaltung. Viele Gemeinden sind verunsichert und haben zahlreiche Fragen wie etwa, weshalb die Kosten teilweise gestiegen sind und wie das Ganze künftig finanziert werden soll.

Und was antworten Sie als Politikwissenschaftlerin auf diese Fragen?

Kurmann: Das Thema Sozialhilfe sollte sachlicher angegangen werden. Es ist so, dass die Sozialhilfekosten für manche Gemeinden eine Herausforderung sind. Die Missbrauchsthematik in den Vordergrund zu stellen, ist aber wenig fundiert und nicht zielführend. Es gilt eine kommunale Sozialpolitik umzusetzen, die sich an Zielen und nicht an Polemik orientiert. Beispielsweise sind ein Lastenausgleich sowie Massnahmen gegen die Zunah-

me von jungen Sozialhilfebezügern zu diskutieren.

Einige Gemeinden in der Ostschweiz wie etwa Gossau und Andwil oder Rebstein und Marbach überlegen sich derzeit neue Gemeindestrukturen oder gar eine Fusion. Werden Sie bei solchen Fragen ebenfalls beigezogen?

Kurmann: Die Frage nach zweckmässigen Strukturen ist in den Gemeinden und auch bei uns ein grosses Thema. Wir glauben, dass es von der ökonomischen und der rechtlichen, aber auch von der sozialen Seite her betrachtet werden muss. Denn oft

Viele Gemeinden können ihre Probleme nicht mehr im Alleingang lösen.

scheitern solche Fusionsversuche an der Identitätsfrage. Da spielen emotionale Faktoren wie Namen und Wappen eine wichtige Rolle.

Wie kann ein Scheitern verhindert werden?

Kurmann: Indem man die Bürger so früh wie möglich in den Prozess mit einbezieht.

Welches ist Ihrer Meinung nach die ideale Grösse einer Gemeinde in der heutigen Zeit?

Kurmann: Das kann ich so nicht abschliessend sagen. Eine Fusion ist nicht immer der Königsweg. Aber es gibt Gemeinden, die von alleine nicht mehr die Professionalität herstellen können, die heutzutage von ihnen verlangt wird. Klar ist: Viele Gemeinden können ihre Probleme nicht mehr im Alleingang lösen. Sie sind auf eine überkommunale Zusammenarbeit angewiesen. Bei manchen Gemeinden genügt das, bei manchen nicht.

I verschiebt räche für museum

WIL-JONA. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Beziehungen (EDA) will einen Termin für ein

h über das Polenmuseum Schloss Rapperswil an. Viel Spielraum für n gibt es aber nicht. Die «Zürichsee-Zeitung» t, stellt das EDA auf Anr: «Als Grundlage für die ge Ausgestaltung und ; des Schlosses dient die tie der Bevölkerung von wil-jona im Oktober er wurde.» Damit dürfte leib des Polenmuseums oss definitiv vom Tisch rprünglich waren für An- zember Verhandlungen n dem EDA, der polni- otschaft, den Vertretern eums und der Behörden t angesetzt. Diese wur- n EDA aus Termingrün- och abgesagt. Wie das epartement nun mit- nnen die Gespräche erst 2015 aufgenommen wer- an habe vor den Fest- einen Termin mehr fin- nen.

Schloss Rapperswil soll mit Wechselausstellung 1000 Besucher pro Jahr n. Der Stadtrat und die einde präsentierten die ür die Umnutzung im . Da die Geschichte der ie das Schloss während gungen 140 Jahre ge- t, dabei zu kurz kommt, erte das polnische Kul- sterium. (red.)

erhin Eltern- l-Station

ULINGEN. Die Psychiatrie Münstertingen kann Eltern-Kind-Station bis 018 weiterführen. Dies thurgauer Regierung be- . Die Kosten betragen d 160 000 Franken pro e Eltern-Kind-Station be- 2007; dort werden Müt- r Väter mit psychischen eiten gemeinsam mit ih- inkindern stationär be- . Die Kinder dürfen ns fünf Jahre alt sein. Da- iessen sich langwierige mbulante Behandlungen e vermeiden, hiess es. der Projektphase von 013 standen in Münst- fünf Eltern-Kind-Zimmer fügung. In diesem Zeit- ehandelte die Klinik 104 und 123 Kinder – währ- urchschnittlich 98 Tagen. er Ausnahme konnten die n danach in ihr Zuhause ehen. (sda)

Flüchtlinge Voraralberg

Z. Auch ennet des Rheins läze für Asylsuchende . Durch den Einsatz von den, Caritas und Rotem onnten vor Weihnachten suchende aufgenommen , meldet die Vorarlberger regierung. Damit habe er seine Flüchtlingsquo- 7 Prozent erfüllt. Um die 7 wie vereinbart bis Ende 2015 zu 100 Prozent zu er- müssen nun weitere 193 für Flüchtlinge gefunden , heisst es. (red.)